



Presseschau vom 11.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipp:

Maria Müller: **Bolivien vor den Wahlen – Staatsstreich mithilfe Washingtons in Vorbereitung**

Die Präsidentschaftswahlen in Bolivien wurden erneut gegen den Willen vieler Bolivianer, welche die Partei MAS unterstützen, verschoben. Dessen Spitzenkandidat liegt laut aktuellen Umfragen vorn. Doch seine Kontrahenten hegen zusammen mit US-Außenminister Mike Pompeo andere Pläne. ...

<https://de.rt.com/2b3g>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **„Große Differenzen“: USA gehen auf russische Vorschläge für Rüstungskontrolle nicht ein – Moskau**

Laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow könnte eine Vereinbarung über die Rüstungskontrolle „auch morgen“ erzielt werden, wenn die USA Russlands Ansätzen zustimmen würden.

Die Vereinigten Staaten und Russland hätten „unterschiedliche Ansichten darüber, wie in Zukunft die Rüstungskontrolle gestaltet werden soll“, sagte Rjabkow am Samstag gegenüber der Agentur RIA Novosti. Damit reagierte er auf einen Bericht der Agentur Associated Press (AP), die zuvor unter Verweis auf eine mit den Gesprächen vertraute Quelle mitteilte, dass sich die Vertreter der USA und Russlands „grundsätzlich darauf geeinigt hatten“, ihre

Lagerbestände an Atomsprengköpfen weiter einzufrieren. Eine Einigung könnte vor den Präsidentschaftswahlen in den USA am 3. November angekündigt werden, hieß es bei AP. „Wir hatten Gelegenheiten, unsere Ansätze in verschiedenen Formen in die USA zu übermitteln, unter anderem haben wir diese schriftlich übergeben. Daher gibt es keinen Grund, Illusionen solcher Art zu erzeugen und diese ganze Situation so darzustellen, als sei sie in einem Zustand hoher, aber auch konstruktiver Dynamik, in Richtung des einen oder anderen Durchbruch-Abkommens. Die Vereinigten Staaten haben keine Gründe dafür“, so Rjabkow weiter.

Das Problem liege in der Tatsache, so der Vizeaußenminister, dass der Inhalt dieses Dokuments, das die USA ihrerseits vorschlagen, und die russische „Füllung“ sehr unterschiedlich seien.

„Es gibt nur einzelne Fragmente in ihnen, die als sinnverwandt bezeichnet werden können, nicht einmal als übereinstimmend, sondern einfach als sinnverwandt. Ansonsten haben wir große Differenzen“, sagte Rjabkow.

„Wenn die US-Amerikaner unseren Dokumenten, die wir ihnen übergeben haben, zustimmen und diese akzeptieren würden, könnte eine solche Einigung auch morgen erzielt werden. Aber vor dem Hintergrund solcher Meinungsverschiedenheiten kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, auf welcher Grundlage die Kollegen in Washington solche Annahmen (über den Fortschritt – Anm. d. Red.) treffen“. stellte er fest.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32368/71/323687189_0:50:4507:2484_1000x0_800_1_5bc49f3bf9b98db004edb830148c3dc7.jpg

de.sputniknews.com: **Waffenruhe in Bergkarabach: Lawrow telefoniert mit Außenministern der Konfliktparteien**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat Telefongespräche mit seinen Amtskollegen in Aserbaidschan und Armenien geführt, die sich zu dem vereinbarten Waffenstillstand in der Region um Bergkarabach bekannt haben.

Wie das russische Außenministerium mitteilte, hätten der Außenminister Aserbaidschans, Jeyhun Bajramow, sowie sein armenischer Amtskollege Sohrab Mnazakanjan die Notwendigkeit betont, die vereinbarte Waffenruhe strikt einzuhalten.

Am Vortag hatten auf Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau Beratungen zwischen den Außenministern Russlands, Armeniens und Aserbaidschans zu der Lage in der Region Bergkarabach stattgefunden. Die Gespräche hatten mehr als zehn Stunden gedauert und waren damit die längsten Verhandlungen in den letzten 20 Jahren.

Als Ergebnis dieser Gespräche wurde ein Waffenstillstand in der Konfliktregion um Bergkarabach vereinbart. Dieser gilt seit 12 Uhr (Ortszeit) am 10. Oktober und soll den Seiten erlauben, Kriegsgefangene und Gefallene unter Vermittlung des Roten Kreuzes auszutauschen. Zusätzliche Bedingungen werden später bestimmt.

Allerdings warfen die beiden Konfliktparteien am Samstag einander vor, gegen den

Waffenstillstand zu verstoßen. Später teilte der Sprecher des armenischen Verteidigungsministeriums mit, dass sich die beiden Seiten im Laufe des Tages an die Vereinbarung gehalten hätten, obwohl es „einzelne Provokationen“ gegeben hätte. Am Samstag rief auch UN-Generalsekretär António Guterres die Konfliktparteien dazu auf, die Waffenruhe einzuhalten und möglichst schnell deren Details auszuarbeiten.

wpered.su (im Original vom 8.10.): **Gratulation Anatolij Chmelewojs zum 6. Jahrestag der Gründung der KP der DVR**

Sechs Jahre sind vergangen, und wie viele Ereignisse haben seit der Gründung der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik auf dem ersten, dem Gründungsparteitag, der am 8. Oktober 2014 stattfand, Platz gefunden. Zweitausend Gleichgesinnte gaben eine Erklärung über den Eintritt in die junge, aber perspektivreiche Partei ab, die die Erfahrung der älteren Generationen und den Eifer der Jugend vereint, auf deren Schultern die schweren Erfahrungen der Kriegszeit fielen.

Die Partei ist entstanden. Die Mitglieder unserer Partei befinden sich unter den Menschen, die an die junge Republik glaubten, aktiv an der Organisation des Volksreferendums am 11. Mai 2014 teilnahmen, mit der Waffe in der Hand zu ihrer Verteidigung aufstand, die besten Söhne fielen auf den Kampffeldern.

Die Partei befindet sich an der Front im Aufbau der Donezker Volksrepublik, die organisierte und verstärkt Kontakte mit den kommunistischen Bruderparteien in der SKP-KPSS. In Donezker wurde eine Vertretung der Union Kommunistischer Parteien – Kommunistische Partei der Sowjetunion eröffnet. Es sind Kontakt mit kommunistischen Parteien in Europa, Asien und Amerika entstanden.

Wir werden im Volk respektiert und unsere Gegner fürchten uns. Wir arbeiten und schwierigen Bedingungen, aber wir bewegen uns voran. Auf Initiative und unter aktive Beteiligung der Partei wurde die Volkspatriotische Union mit gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen der Republik geschaffen.

Wir geben zu, dass uns nicht alles gelingt, was wir möchten und wie es die Zeit von uns erfordert, aber wir sind überzeugt, dass wir mit den Schwierigkeiten zurecht kommen werden, weil für uns die Wahrheit und die beste, durch die Zeit erprobte marxistisch-leninistische Ideologie ist. Wir haben das Gold der Partei – das sind ihre Mitglieder.

Zum Geburtstag der Parteien Genossen Kommunisten!

Anatolij Chmelewoj, zweiter Sekretär des ZK der KP der DVR.

de.sputniknews.com: **Mehrere Teilnehmer unerlaubter Aktionen in Minsk festgenommen – Behörde**

In Minsk sind am Samstag mehrere Personen wegen der Teilnahme an nicht genehmigten Veranstaltungen festgenommen worden, teilte Natalja Ganusewitsch, die Sprecherin der Städtischen Hauptabteilung für innere Angelegenheiten des Exekutivkomitees Minsk, der Agentur RIA Novosti mit.

„Im Allgemeinen war die Situation ruhig, aber mehrere Personen wurden festgenommen, weil sie an nicht genehmigten Veranstaltungen teilgenommen hatten“, sagte Ganusewitsch. Zugleich machte sie darauf aufmerksam, dass die „Polizei dazu auffordert, sich nicht für Provokationen in Telegram-Kanälen einzufangen zu lassen und die eigene Freizeit zu organisieren, ohne sich in Massengruppen zu versammeln“.

Am Samstag wurde über einige Telegram-Kanäle ein Aufruf verbreitet, an einer Protestaktion – einem „Frauenmarsch“ – zur Unterstützung der in Weißrussland in Gewahrsam genommenen Bürger teilzunehmen, die die Opposition als politische Gefangene betrachtet. Berichten zufolge gab es in Minsk keine großen Versammlungen; die Demonstranten – Mädchen mit Blumen – spazierten auf dem Prospekt der Unabhängigkeit. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/14/327968409_0:243:2964:1847_1000x080_0_1_ae22325f2f5a2bb5f0d22cf8c6965ccd.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen festgestellt.

rusvesna.su: **Ein legendäre Kommandeur der DVR-Miliz beschließt, sich mit Bellingcat in Bezug auf „Boeing“ MH17 zu befassen**

Der frühere Kommandeur der Donbass-Miliz Igor Besler mit dem Spitznamen "Der Teufel", beschloss, die britischen Propagandisten aus dem berüchtigten Bellingcat-Büro zu verklagen. Der Grund dafür ist die Untersuchung des Absturzes des malaysischen Verkehrsflugzeugs MH17. Der niederländische Journalist Max van der Werff berichtete dies auf seiner Twitter-Seite.

„Der ehemalige Milizkommandeur Igor Besler verklagt Bellingcat. Ich habe diese Informationen aus einer Quelle erhalten, die sich in der Vergangenheit als zuverlässig erwiesen hat.

Das Verfahren wird vor einem russischen Gericht und dann vor einem britischen und/oder niederländischen Gericht stattfinden“, schreibt Max van der Werff.

Jeder kennt die Politisierung der britischen Netzwerks. Und Experten bezweifeln nicht, dass Bellingcat direkt mit den Behörden und Geheimdiensten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten verbunden ist und in ihrem Namen den Absturz der Boeing MH17 untersucht, wobei dem regelmäßig falsche Informationen veröffentlicht werden und so die Öffentlichkeit in die Irre geführt wird.

Journalisten dieser Quelle assoziierten Igor Besler mit diesem Flugzeugabsturz, die International Joint Investigation Group (JIT) fand jedoch keine Beteiligung des „Teufels“ am Absturz des Verkehrsflugzeugs.

Schon lange bezweifelt niemand mehr, dass Bellingcat ein Propagandabüro der britischen Geheimdienste ist.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/boing_mh17_aviakatastrofa.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 10. Oktober 3:00 bis 11. Oktober 3:00

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung und der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

deutsch.rt.com: Corona-Vakzine zum öffentlichen Gut machen: China tritt globaler Impfstoff-Initiative Covax bei

Peking hat sich der globalen Covax-Initiative angeschlossen, mit der die Entwicklung und gerechte Verbreitung bezahlbarer Impfstoffe gegen das Coronavirus gefördert werden soll. China will dazu beitragen, COVID-19-Vakzine zu einem weltweiten öffentlichen Gut zu machen.

Die Beteiligung Chinas als führendem Impfstoffentwickler ist ein wichtiger Schritt für die Covax-Initiative (COVID-19 Vaccines Global Access). Mehr als 150 Länder nehmen nach UN-Angaben an dem weltweiten Vorhaben teil, allerdings nicht die USA. Federführend sind die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie die Impfstoff-Allianzen Gavi (Global Alliance for Vaccines and Immunizations) und Cepi (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations).

Ziel der Initiative ist es, Impfstoffe zu entwickeln und diese auch Ländern zur Verfügung zu stellen, die am stärksten von Armut betroffen sind. Hua Chunying, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, erklärte am Freitag in Peking, China wolle sich darauf konzentrieren, „dass Entwicklungsländer gleichberechtigten Zugang zu geeigneten, sicheren und wirksamen Impfstoffen haben“. Sie sagte:

„Obwohl China die Welt mit verschiedenen Impfstoffen in fortgeschrittenem Forschungs- und Entwicklungsstufen und mit ausreichend Produktionskapazitäten anführt, hat es sich entschlossen, sich Covax anzuschließen.“

China werde die Kooperation mit anderen Ländern im Covax-Netzwerk stärken, um seinen Beitrag zum globalen Kampf gegen die Pandemie zu leisten, so die Sprecherin weiter. Als das Land, in dem Anfang Dezember 2019 erstmals Infektionen mit dem bis dahin unbekanntem Coronavirus Sars-CoV-2 entdeckt worden waren, erntete China in den darauffolgenden Monaten viel Kritik für seinen anfänglichen Umgang mit der dadurch

verursachten Atemwegserkrankung COVID-19. Mit strikten Maßnahmen und Einreisebeschränkungen konnte die Volksrepublik seit Ende Januar die Situation jedoch weitgehend unter Kontrolle bringen. Seit Wochen werden in China keine lokalen Infektionen mehr berichtet. Es gebe nur noch importierte Fälle, heißt es.

Seit dem Ausbruch der Pandemie haben sich nach Angaben der in den USA ansässigen Johns-Hopkins-Universität insgesamt bereits knapp 36,5 Millionen Menschen in 188 Ländern weltweit mit dem Coronavirus infiziert, mehr als eine Million positiv Getestete starben.

Lug-info.com: In der DVR sind am 11. Oktober um 9:00 Uhr 1209 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 866 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 52 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Waffenstillstand weiterhin brüchig: Rakete schlägt in Haus in Aserbaidshan ein – sieben Tote

Infolge des armenisch-aserbaidshanischen Konflikts ist bei einem Raketentreffer ein Wohnhaus in der aserbaidshanischen Stadt Gjandscha zerstört worden. Sieben Menschen kamen dabei ums Leben, 33 weitere wurden verletzt, hieß es in der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Aserbaidshan.

Zunächst war die Rede von fünf Todesopfern und 28 Verletzten. Unter den Verletzten seien auch Kinder, hieß es.

Wie das aserbaidshanische Verteidigungsministerium am Sonntagmorgen mitteilte, sei die zweitgrößte Stadt Aserbaidshans, Gjandscha, von armenischem Territorium aus beschossen worden. Das Verteidigungsministerium Armeniens wies diese Information zurück.

Nach Angaben des aserbaidshanischen Zivilschutzministeriums seien aus den Haustrümmern Leichen und Verletzte geborgen worden.

Seit der Verschärfung des Konfliktes um das Gebiet Bergkarabach, das mehrheitlich von Armeniern bewohnt ist und völkerrechtlich zu Aserbaidshan gehört, werfen Armenien und Aserbaidshan einander vor, friedliche Ortschaften zu beschießen. Die beiden Seiten leugnen ihre Beteiligung an den Feuerangriffen. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0b/328132320_0:190:3116:1876_1000x080_0_1_d8d8c57d134acd669a8fad5239d53a2.jpg

Mzdnr.ru: Am 10. Oktober wurden in der DVR 86 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

In den letzten 24 Stunden wurden 3 Personen nach zweimaligem negativen Test als gesund entlassen.

Außerdem gab es 8 Todesfälle – Männer im Alter von 69 und 82 Jahren und Frauen im Alter von 71 bis 79 Jahren.

Am 11. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 4556 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2029 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2238 als gesund entlassen, es gibt 289 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Karabach-Oberhaupt gibt Israel Mitschuld an Gewalt in der Region**

Der Präsident der selbsterklärten Republik Bergkarabach, Araik Arutjunjan, hat die israelischen Behörden, die Angriffswaffen an Aserbaidtschan lieferten, für „den Völkermord in Karabach“ verantwortlich gemacht.

Bei einer Pressekonferenz reagierte Arutjunjan auf die Journalisten-Äußerung, wonach die israelische Führung nicht gewusst haben will, dass die nach Aserbaidtschan gelieferten Drohnen für Angriffszwecke und Attacken gegen die Zivilbevölkerung und nicht für Verteidigungszwecke eingesetzt würden.

„Während des Aprilkrieges (Eskalation des Konflikts im Jahr 2016 – Anm. d. Red.) hatten die israelischen Behörden nicht nur gewusst, dass die von ihnen an Aserbaidtschan gelieferten Waffen nicht zur Verteidigung, sondern für Angriffszwecke eingesetzt werden. Die Waffen wurden auch von Fachleuten bedient, die aus Israel gekommen waren. Derartige Erklärungen sind ein blanker Hohn gegen Menschen“, sagte Arutjunjan.

Sie wüssten das und lieferten weiterhin solche Waffen. Für diesen Völkermord seien auch die Behörden Israels verantwortlich, das selbst einen Völkermord erlebt habe, so der Präsident der selbsterklärten Republik.

Diese Schritte der israelischen Führung seien ein Beweis dafür, dass „in der Welt wegen des Geldes menschliche und göttliche Werte mit Füßen getreten werden“, fuhr Arutjunjan fort.

Am 27. September hatten Kämpfe an der Berührungslinie in Bergkarabach begonnen.

Armenien und Aserbaidtschan werfen einander vor, Kriegshandlungen entfesselt zu haben.

Aus Bergkarabach werden Artillerieangriffe auf friedliche Ortschaften, darunter die Hauptstadt der selbsterklärten Republik, Stepanakert, gemeldet.

Armenien rief den Kriegszustand und – zum ersten Mal – auch eine allgemeine Mobilmachung aus. Jerewan behauptet, dass Baku von Ankara aktiv unterstützt werde. Das aserbaidtschanische Parlament beschloss, in einigen Städten und Regionen das Kriegsrecht auszurufen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0b/328132697_0:126:1214:783_1000x0_80_0_1_95105124bad182145558b46563d4f716.jpg

deutsch.rt.com: **Chef der nicht anerkannten Republik Bergkarabach: „Die Waffenruhe wird nicht vollständig befolgt“**

Seit dem 10. Oktober gilt in der südkaukasischen Konfliktregion Bergkarabach eine Waffenruhe, die Armenien und Aserbaidschan unter der Vermittlung Russlands vereinbart haben. Doch die Feuerpause ist brüchig, da die Konfliktparteien einander einzelne Angriffe vorwerfen.

Trotz des in der Nacht zum Samstag unter der Vermittlung Russlands vereinbarten Waffenstillstandes in der südkaukasischen Konfliktregion Bergkarabach werfen Armenien und Aserbaidschan einander andauernde Angriffe vor. Wie der Chef der international nicht anerkannten Republik Artsach, Araik Arutjunjan, auf einem Briefing in Stepanakert mitteilte, werde die Waffenruhe nicht vollständig befolgt:

„Heute Morgen war es relativ ruhig. An der Front kommt es zu Schusswechseln. Ich würde sie aber nicht als Kämpfe bezeichnen.“

Arutjunjan zufolge habe die aserbaidchanische Armee noch vor dem Inkrafttreten der Feuerpause eine Operation zur Einnahme der Stadt Hadrut gestartet. Es sei jedoch gelungen, die Kontrolle über die Stadt zurückzuerlangen.

Aserbaidschan warf seinerseits Armenien eine Offensive bei Hadrut und Dschebrail vor, um die verlorenen Stellungen zurückzuerobern. Diese Attacken seien jedoch abgewehrt worden. Außerdem berichteten die aserbaidchanischen Behörden von einem Raketenangriff auf die zweitgrößte Stadt des Landes Gjandscha. Dabei seien sieben Menschen getötet und weitere 33, unter ihnen auch Kinder, verletzt worden. Später stufte die aserbaidchanische Generalstaatsanwaltschaft die Zahl der Toten auf neun hoch.

Das Verteidigungsministerium in der armenischen Hauptstadt Jerewan wies diese Beschuldigungen entschieden zurück. Armenien führe keine Kampfhandlungen, während Aserbaidschan nach wie vor Stepanakert, Hadrut, Martuni und andere Ortschaften im Bergkarabach unter Beschuss nehme.

Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan rief inzwischen alle Länder der Welt dazu auf, das Recht Bergkarabachs auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Wenn das keine Regierungen und Parlamente tun würden, so könnten dies Völker, Persönlichkeiten und Organisationen tun. Daraus sollte sich eine internationale Bewegung entwickeln.

Der Präsident der nicht anerkannten Republik Bergkarabach, Araik Arutjunjan, sprach seinerseits von einer Völkermordpolitik, die die aserbaidchanische Führung gegenüber der armenischen Bevölkerung im Bergkarabach durchführe. Die Republik Bergkarabach setze ihr Recht auf Selbstverteidigung durch und werde nie ein Teil Aserbaidschans sein. Sollte sich die Führung in Baku nicht willig zeigen, das Problem auf friedlichem Wege zu lösen, könnte Stepanakert Jerewan und die internationale Gemeinschaft darum bitten, seine Unabhängigkeit anzuerkennen.

Inzwischen lobte der aserbaidchanische Staatschef Ilham Alijew in einem am Sonntag veröffentlichten Interview für das russische Medienunternehmen RBK die Rolle Russlands bei der Vermittlung im jahrzehntelangen Konflikt. Moskau habe viele Instrumente, um Jerewan zu beeinflussen, damit es seine Truppen vom Territorium Aserbaidschans zurückziehe. Die Rolle der Türkei bezeichnete der Politiker als "stabilisierend". Das Ansehen Ankaras sei in letzter Zeit sowohl in der Region als auch weltweit gewachsen. Gleichzeitig sagte Alijew, sein Land sei bereit, mit den Friedensgesprächen unverzüglich zu beginnen. Das hänge nur von der Agenda der Minsk-Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ab. ...



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f82ce6bb480cc2c634496ef.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 11.10.2020**
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der Kämpfer der BFU festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 37. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus das **Gelände des Donezker Flughafens** mit einem Antipanzerraketenkomplex beschossen und drei Raketen abgefeuert. Ich will daran erinnern, dass dies schon der zweite Fall des Einsatzes von Antipanzernraketen von Seiten der BFU ist.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR, um sie den Strafverfahren gegen den Brigadekommandeur der 56. Brigade hinzuzufügen.

Beobachter der OSZE-Mission haben im Bericht vom 10. Oktober 2020 weitere Fälle von Verletzungen des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zum Waffenstillstand durch die ukrainischen bewaffneten Formationen bestätigt. In den letzten 24 Stunden wurde die **Stationierung von 39 Stück Militärtechnik** durch Kämpfer der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ bemerkt, darunter ein Abwehrgeschütz SRK „Strela-10“ und eine vom Typ SU-23.

Um die Stationierung von Waffen und Militärtechnik zu verheimlichen, **behindert der Gegner weiter das Monitoring der Lage durch die OSZE-Mission** und setzt dabei aktiv Mittel der elektronischen Kriegsführung ein. So wurde in den letzten 24 Stunden die Aktivität einer Station „Bukowel-AD“ einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade bemerkt, die die Leitungs- und Navigationskanäle einer Drohne der OSZE blockierte, die Verstöße von Seiten der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Lomakino feststellte, wo der Gegner derzeit **technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Unterständen** für Technik durchführt.

Trotz der Erklärungen des Kommandos der OOS zur Beseitigung aller Brände in den Gebieten, in denen Truppen stationiert sind, stellt unsere Aufklärung weiter **neue Brandherde auf den Positionen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** fest.

So wurde infolge der Entzündung von trockenem Gras auf den Positionen des 2. Bataillons der 24. Brigade durch den Brand ein Unterstand vernichtet, sechs AKM-Maschinenpistolen und etwa 2000 Patronen für diese wurden vernichtet.

Ein analoger Fall ereignete sich im 503. Marineinfanteriebataillon, wo während unsachkundiger Aktivitäten zur Löschung eines Brandes, der in der Nähe der Positionen einer Einheit entstanden war, der Soldat N.N. Rogoshin Brandwunden an 45% der

Körperoberfläche erlitt, er wurde in die Intensivstation des Militärhospitals von Krasnogorowka eingeliefert.

Wir stellen weiter ein **Anwachsen der Zahl der an der Coronavirusinfektion Erkrankten** unter den Soldaten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ fest.

In den letzten 24 Stunden wurde in den Einheiten der 53. Brigade die Diagnose bei 10 Soldaten bestätigt, im Zusammenhang damit entschied das Kommando der OOS, Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes in den Verband zu schicken, um die Umsetzung der Quarantänemaßnahmen zu kontrollieren.

Weitere Fälle von Erkrankungen mit dem Coronavirus werden von den Brigadekommandeuren sorgfältig vor dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

In der Isolationsabteilung des Sanitätspunkts der 36. Brigade befindet sich der Unterfeldwebel A.W. Burawtschenko in ernstem Zustand aufgrund von Komplikationen bei einer Coronavirusinfektion, was vom Kommandeur der 36. Brigade Gnatow als Verletzung infolge der Nichtbeachtung von Sicherheitsbestimmungen bei Ausbildungsmaßnahmen dargestellt wird.

Die sich zielstrebig verschlechternde epidemiologische Situation unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte hat die Führung der Donezker Oblast gezwungen, Quarantänebeschränkungen für die Einwohner von Ugledar und Bachmut einzuführen, wo wegen der Verbreitung der Coronavirusinfektion die Gefahrenstufe „Orange“ aufgerufen wurde.

de.sputniknews.com: **Giftige Algen eine der möglichen Hauptursachen für Wasserverschmutzung auf Kamtschatka**

Nach einer der Hauptversionen könnten giftige Algen für die Wasserverschmutzung und das Massensterben von Mikroorganismen und Fischen auf der Kamtschatka verantwortlich sein. Dies berichten russische Medien unter Berufung auf den Direktor des russischen Institutes für Vulkanologie und Seismologie, Aleksej Oserow.

Man wisse bis heute nicht genau, was vorgefallen sei, aber am ehesten sei die Situation durch giftige Algen entstanden, so Oserow nach einem Treffen in der Regionalregierung. Solche Algensekrete würden Mikroorganismen, Fische, Pflanzen und in einigen Fällen auch Menschen beeinflussen. Laut Oserow kann das giftige Wasser auf der Haut Verbrennungen verursachen.

Nach Meinung des Gouverneurs der Halbinsel, Wladimir Solodow, klinge diese Version komisch, habe aber eine Berechtigung. „Giftige Mikroalgen können solche Phänomene verursachen, und sie sind nicht nur auf der Kamtschatka bekannt und beschrieben“, erklärte der Gouverneur.

Die Version der Wasserverschmutzung durch Vulkane auf der Halbinsel Kamtschatka hat Oserow ausgeschlossen. Denn Eruptionen würden in einer Entfernung von über 300 Kilometern vom Ort der Verschmutzung auftreten. Nun sei die Organisation von Seeexpeditionen geplant, um zu verstehen, was Algen aktiv mache und rote Gezeiten verursache.

Tiersterben auf Kamtschatka

Nach dem heutigen Ermittlungsstand war es in der Zeit vom 1. September bis zum 3. Oktober im Gewässer des Awatscha-Meerbusens – innerhalb der Bezirke Petropawlowsk-Kamtschatski und Jelisowski – zur Änderung der Wasserfarbe im Ozean sowie zum Sterben von zahlreichen Meerestieren gekommen.

Die Katastrophe sei auf eine Verschmutzung des Gewässers mit ölhaltigen Substanzen, darunter mit Phenol, zurückzuführen. Auch Menschen seien betroffen gewesen: Der Gesundheitszustand von zwei Surfern habe sich verschlechtert, nachdem sie sich im Wasser aufgehalten hätten. Beide hätten Hornhautverätzungen erlitten.

Die Ermittler würden zurzeit alle möglichen Quellen der Wasserverschmutzung, darunter die

naheliegenden Mülldeponien, überprüfen. Proben würden untersucht, ein ökologisches Gutachten sei beschlossen worden, auch die Durchführung von weiteren zusätzlichen Untersuchungen werde behandelt, hieß es. Die Umstände der Geschehnisse würden geklärt, es werde nach den Verantwortlichen gesucht.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/09/328126346_0:0:3070:1661_1000x0_80_0_1_9f2c7d101d8674410499eef6d2cb1483.jpg

sputnik.by: **Blendgranaten und Wasserwerfer gegen Demonstranten in Minsk**

In der belarussischen Hauptstadt wurden am Sonntag während der Auflösung einer nicht autorisierten Protestaktion besondere Mittel eingesetzt.

Wasserwerfer und Blendgranaten wurden am Sonntag eingesetzt, um die Demonstranten im Zentrum von Minsk zu zerstreuen, sagte Natalja Ganusewitsch, offizielle Sprecherin des Exekutivkomitees der Stadt Minsk.

Einige Telegram-Kanäle forderten die Weißrussen auf, am Sonntag, dem 11. Oktober, zu einer weiteren nicht genehmigten Protestaktion herauszukommen, dem „Marsch des Stolzes“.

„Wir bestätigen den Einsatz von Wasserwerfern in der Region Nemiga“, sagte die offizielle Vertreterin der Minsker Polizeibehörde.

Um die nicht genehmigte Protestaktion zu zerstreuen, setzten belarussische Polizeibeamte demnach auch Blendgranaten ein.

Ganusewitsch sagte auch, dass mehrere Dutzend Demonstranten in Minsk festgenommen und zur Untersuchung zu den Territorialpolizeistationen gebracht worden seien.

In Belarus finden seit mehr als zwei Monaten Protestaktionen statt. Sie begannen unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen am 9. August, die laut Zentraler Wahlkommission von Alexander Lukaschenko (80,1% der Stimmen) gewonnen wurden. Parallel zu den Protesten finden in der Republik Kundgebungen zur Unterstützung der derzeitigen Regierung statt.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/09/18/1045751261.jpg>

de.sputniknews.com: **Proteste in Weißrussland: Russische Journalisten in Minsk festgenommen – Behörde**

Etwa zehn Journalisten sind im Zentrum der Hauptstadt Minsk festgenommen worden und sollen für eine Personenkontrolle auf die Polizeistation gebracht werden. Dies teilte Natalja Ganusewitsch, Sprecherin der Städtischen Hauptabteilung für innere Angelegenheiten des Exekutivkomitees Minsk, am Sonntag der Agentur RIA Novosti mit.

„Es ist eine aus ungefähr zehn Journalisten bestehende Gruppe, die zur Personenkontrolle in die Polizeiabteilung des Bezirks Oktjabrski gebracht wird“, so Ganusewitsch.

Zuvor teilte sie der Agentur mit, dass drei russische Korrespondenten zur Personenkontrolle auf eine Polizeistation in der weißrussischen Hauptstadt gebracht worden seien.

Am Sonntag veranstaltet die Opposition in Minsk die nicht genehmigte Protestkundgebung „Marsch des Stolzes“. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1a/328001105_0:578:2716:2047_1000x080_0_1_e9c8e16690bcecbec95d7825edb8a494.jpg

de.sputniknews.com: **Armeniens Präsident sieht keine Alternative zu Gesprächen im Bergkarabach-Konflikt**

Dem armenischen Präsidenten Armen Sarkissjan zufolge sind Verhandlungen zur Situation in der Region um Bergkarabach ein alternativloses Mittel der friedlichen Beilegung des Konflikts.

„Nach zwei Wochen schwerer Kämpfe hat die Republik Arzach (eine andere Bezeichnung von Karabach – Anm. d. Red.) gezeigt, dass sie unbesiegbar in Kämpfen mit Aserbaidschan,

der Türkei und den in die Region verlegten islamistischen Terrormilizen ist. Es gibt keine andere Entscheidung außer Gesprächen im Namen der Zukunft von Bergkarabach und der ganzen Region“, wird Sarkissjan von seinem Pressedient zitiert.

Wie Sarkissjans Pressedienst ferner mitteilte, habe der armenische Präsident die Rolle Russlands bei der Beilegung des Konflikts sehr hoch eingeschätzt. ...

Mil-Inr.su: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 11. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

Dennoch haben Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK die **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium festgestellt, was den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt. Auf Befehl des Kommandeurs der 30. Brigade, des Kriegsverbrechers Garas, haben ukrainischen Kämpfer das Leben der Zivilbevölkerung gefährdet, indem sie drei Schützenpanzer in der Nähe von Nowoswanowka und ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Popasnaja stationiert haben. Außerdem haben Kämpfer der 24. Brigade die Bitten der Einwohner von Troizkoje, die Militärtechnik aus der Ortschaft abziehen, ignoriert und einen Schützenpanzer in unmittelbarer Nähe eines privaten Wohnhauses stationiert.

Außerdem ist nach Informationen unserer Aufklärung **in Muratowo** im Verantwortungsbereich der 14. Brigade eine **Gruppe von 30 Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ eingetroffen**. Wir schließen nicht aus, dass dies mit der Vorbereitung von Terrorakten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donbass am Gründungstag der UPA zusammenhängt, womit gegen die Untätigkeit der Führung der Ukraine bei der Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes protestiert werden soll.

Ich erinnere daran, dass dank dem Expräsidenten der Ukraine Poroschenko am 14. Oktober in der Ukraine gleich zwei Feiertage begangen werden, der „Tag der Gründung der UPA“ und der „Tag des Verteidigers der Ukraine“. ...

de.sputniknews.com: **Libyen-Regelung: Uno bereitet direkte Gespräche vor**

Im mühsamen Ringen um Frieden in Libyen hat die Uno die Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen den Konfliktparteien angekündigt. Für Anfang November seien mehrere Online-Sitzungen sowie persönliche Treffen in Tunesien geplant, teilte die amtierende UN-Sondergesandte für das nordafrikanische Land, Stephanie Williams, am Samstagabend mit. Das Ziel seien „Wahlen auf nationaler Ebene im kürzest möglichen Zeitrahmen“, um die demokratische Legitimität staatlicher Institutionen und die Unabhängigkeit des Landes wiederherzustellen.

Die Teilnehmer sollen der Uno zufolge nach fairen geografischen, ethnischen, politischen und sozialen Kriterien sowie nach Stammeszugehörigkeit ausgesucht werden. Auch Frauen und junge Menschen sollen daran beteiligt werden. Politische Ämter oder Führungspositionen in einer künftigen libyschen Regierung sollen die Teilnehmer später einmal nicht bekleiden dürfen.

Der Weg zum Frieden gestaltet sich sehr schwierig. Alle Initiativen für ein dauerhaftes Ende der Gefechte blieben bislang ohne Erfolg.

Als Vorbereitung sind in gut einer Woche Gespräche von je fünf Militärvertretern der beiden Seiten in Genf geplant. Die Uno fordert dabei ein vollständiges Ende „aller militärischen Manöver“. Damit soll eine Einigung über einen langfristigen Waffenstillstand und eine entmilitarisierte Zone für das Bürgerkriegsland erzielt werden.

Zudem sollen in Kairo Vertreter des Parlaments im ostlibyschen Tobruk und des Hohen

Staatsrats, der die in Tripolis ansässige Regierung berät, zu mehrtägigen Gesprächen zusammenkommen.

Der Bürgerkrieg in Libyen dauert seit dem Sturz des langjährigen Staatshefs Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 an. In Tripolis sitzt heute die international anerkannte Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch, die mit einer Gegenregierung im Osten des Landes um die Macht konkurriert. Diese ist mit General Chalifa Haftar und der von ihm befehligten Libyschen Nationalarmee verbündet. Die Suche nach Frieden wird durch innere Konflikte in den beiden Lagern und unterschiedliche Interessen der ausländischen Akteure erschwert.